

Sonderband 2024

TUP

Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit

Claudia Mandrysch (Hrsg.)

Zukunft Demokratie

Perspektiven und Herausforderungen
im Schatten von Hass und Hetze

Sonderband 2024



BELTZ JUVENTA

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Die Verlagsgruppe Beltz behält sich die Nutzung ihrer Inhalte für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor.



Dieses Buch ist erhältlich als:
ISBN 978-3-7799-8862-5 Print
ISBN 978-3-7799-8863-2 E-Book (PDF)
ISBN 978-3-7799-8864-9 E-Book (ePub)

1. Auflage 2024

© 2024 Beltz Juventa
in der Verlagsgruppe Beltz · Weinheim Basel
Werderstraße 10, 69469 Weinheim
Alle Rechte vorbehalten

Herstellung: Ulrike Poppel
Satz: Helmut Rohde, Euskirchen
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza
Beltz Grafische Betriebe ist ein Unternehmen mit finanziellem Klimabeitrag
(ID 15985-2104-1001)
Printed in Germany

Weitere Informationen zu unseren Autor*innen und Titeln finden Sie unter: www.beltz.de

Inhalt

Editorial <i>Claudia Mandrysch</i>	7
Einleitung Zukunft Demokratie. Perspektiven und Herausforderungen im Schatten von Hass und Hetze <i>Ragnar Hoenig und Peter Kuleſa</i>	8
Demokratie. Macht. Zukunft. Eine Diskussion	14
Das Licht geht noch nicht aus Interview mit dem Politikwissenschaftler Veith Selk über den Zustand der Demokratie in unserer Zeit	28
Wie der Hass im Netz den politischen Diskurs vergiftet und was das für die Demokratie bedeutet <i>Lukas Bernhard, Lutz Ickstadt und Valentin Dander</i>	35
Anderen Menschen zuhören schafft Vertrauen Interview mit dem Philosophen Martin Hartmann zur Bedeutung von Vertrauen in einer Demokratie	44
In guter Verfassung Gedanken zur Bedeutung der Demokratie für den Sozialstaat <i>Stephan Kramer</i>	48
Wie ticken Jugendliche? Zusammenfassung der SINUS-Jugendstudie	56
Was ist kommunale Demokratieförderung? Eine Systematisierung anhand der „Partnerschaften für Demokratie“ <i>Carlos Becker, Jan Saßmannshausen, Talisa Schwall und Sebastian Winter</i>	64
Für eine plurale und demokratische Gesellschaft – Stimmen aus der Wissenschaft <i>Birgit Jagusch und Schahrzad Farrokhzad</i>	74
Zum Verhältnis von Sozialer Arbeit und Radikalisierungsprävention <i>Jens Ostwaldt</i>	82
Fachliche Konturierung der Radikalisierungsprävention Perspektiven aus den Modellprojekten im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ <i>Lucas Schucht</i>	91
Engagement gegen Rassismus <i>Isabel Schmidt und Cora Weißert-Hartmann</i>	100

Gesundheit für alle! Über Interkulturelle Öffnung und Rassismus im Gesundheitswesen <i>Dana Abdel Fatah, Laura Hertner, Ulrike Kluge, Simone Penka und Steffen Schödwell</i>	<u>108</u>
Land der Lösungsfinder? Konflikt und Kompromiss im Alltag pflegen <i>Paulina Fröhlich</i>	<u>115</u>
Was ist innerverbandliche Demokratieförderung? Zwei Schlaglichter aus der Praxis der AWO <i>Anton Haffner, Susanne Beyer und Maïke Beutler</i>	<u>121</u>
Handlungssicher gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit Wie wir für Menschenrechte und Demokratie eintreten	<u>130</u>

Editorial

Liebe Leser*innen,

der vorliegende Band reiht sich nicht ein in die zahlreichen Krisendiagnosen über den Zustand der Demokratie. Ganz im Gegenteil: Mit dieser Ausgabe der TUP wollen wir skizzieren, wie es in Zukunft weitergehen kann – wie Demokratie gestärkt und zugleich Hass, Hetze und Ausgrenzung Einhalt geboten wird.

„Ich denke, die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus leider konjunkturelle Themen – in der Wahrnehmung – sind. Entscheidend ist, dass wir das nicht als konjunkturelles Thema begreifen“, so Bianca Klose auf dem Neujahrsempfang 2024 des AWO Bundesverbandes (mehr dazu auch in diesem Band). Klose weist auf etwas Zentrales hin: Demokratie ist nie von Dauer und einfach da. Sie ist durchaus zerbrechlich und angreifbar. Demokratie erfordert stetiges und bewusstes Engagement aller Menschen. Demokratie lebt von wohlwollendem Streiten und Diskutieren. Demokratie braucht eine zukunftsgerichtete Politik, einen handlungsfähigen Sozialstaat und eine starke Zivilgesellschaft, damit ihre Gegner*innen keine Chance haben, undemokratische Politik- und Gesellschaftsmodelle zu etablieren.

Um etwas zu bewegen, braucht man Ziele und auch Macht. Letztere ist in unserem Land sehr vielfältig verteilt. Um in unseren Anliegen wirkmächtig zu sein, sind wir heute mehr denn je aufgefordert, aktiv zu werden, uns mit demokratisch Gleichgesinnten zusammenzutun, um Themen zu setzen und konkrete gesellschaftspolitische Projekte anzustoßen. All dies geht vor Ort, im Quartier ebenso wie auf Landes- und Bundesebene und in Europa.

Mit unserer aktuellen Kampagne DEMOKRATIE.MACHT.ZUKUNFT. möchten wir als AWO herzlich einladen, gemeinsam die Stimme zu erheben. Alle Demokrat*innen sind aufgefordert, durch ihre Wachsamkeit und ihr Engagement undemokratisches Denken und Handeln in die Schranken zu weisen. Dies ist im Alltag nicht immer einfach, aber offenkundig dringend geboten – denn #niewiederistjetzt!

Ich wünsche mir, dass dieser Band zum Innehalten und Nachdenken anregt und unser demokratisches, nicht immer einfaches aber enorm wertvolles Miteinander stärkt.

Claudia Mandrysch
Vorständin des AWO Bundesverbandes

Einleitung

Zukunft Demokratie. Perspektiven und Herausforderungen im Schatten von Hass und Hetze

Ragnar Hoenig und Peter Kuleßa

„Die Wertschätzung von Vielfalt bedeutet, ohne Angst verschieden sein zu können.“

Theodor W. Adorno

In vielen europäischen Ländern ist zu beobachten, dass rechtspopulistische, bisweilen rechtsextreme Parteien kontinuierlich Wahlergebnisse im zweistelligen Prozentbereich erzielen. Die Vertreter*innen dieser Gruppierungen treten immer offensiver und selbstbewusster in der Öffentlichkeit auf und grenzen zusehends Minderheiten verbal, mittels politischer Vorhaben oder durch Demonstrationen aus.¹ Es sind regelmäßige Proteste – etwa vor Asylbewerber*inneneinrichtungen –, die kaum mehr in der medialen Öffentlichkeit wahrgenommen werden, aber zersetzend wirken für einen mitmenschlichen Alltag vor Ort. Demokratien sind also dann gefährdet, wenn demokratisch gewählte Politiker*innen nach ihrer Wahl beginnen, den Rechtsstaat zu untergraben, das Mindestmaß an politischen Übereinstimmungen (etwa die Verfassungsgrundsätze) ignorieren oder gar verachten; sie sind dann gefährdet, wenn die Freiheit der Medien infrage gestellt wird und die vitale Zivilgesellschaft durch juristische oder finanzielle Sanktionen ruhigestellt werden soll. Kurzum: Demokratische Grundfesten erodieren.

Armut und soziale Ungleichheit, dies zeigen diverse Studien, haben oft direkte Auswirkungen auf das Interesse der Bürger*innen am politischen Geschehen oder an der Beteiligung an Wahlen.² Lang- und mittelfristige Problemlagen, wie sozialer, ökonomischer oder kultureller Ausschluss, sind Grundlagen für politischen Protest und Entfremdung der Betroffenen in Stress- oder Krisensituationen. Hinzu kommt, dass sich offenkundig Teile der Wählerschaft von den beiden (vormaligen) Großparteien CDU und SPD nicht mehr repräsentiert fühlen. Das Aufkommen der AfD ist nicht mehr nur eine kurzfristige Trotz- und Protestreaktion auf einen in bestimmten Gruppen missliebigen Impuls wie den Zustrom von Flüchtlingen. Das muss endlich klar sein.

Für Demokratien ist es existenziell, wenn sich die Menschen untereinander vertrauen können, wenn sie einander zuhören und Kontroversen strittig, aber sachlich führen können; wenn Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht oder die Größe des Geldbeutels nicht zu

1 Zu Radikalisierungstendenzen in der digitalen Sphäre und den Gefahren von rechts siehe auch Ebner 2019.

2 Einschlägig dazu Schäfer 2015.

Ausgrenzung führen; wenn Vielfalt geachtet und gelebt werden kann. Klar ist: Niemand wird als Demokrat*in geboren. Sozialisation und Bildung bestimmen maßgeblich über Interesse an und Engagement für Demokratie. Umso bedeutsamer ist es, wenn dafür die Rahmenbedingungen bestehen.³

Soziale und demokratische Politik

Demokratie ist Vielfalt. Autoritarismus ist Einfalt. Es muss daher ein beherztes Eintreten etablierter demokratischer Parteien, Verbände, Vereine und anderer für eine vitale Demokratie erkennbar werden; die sozialstaatliche Sicherung muss wieder spürbar werden; es dürfen zugleich die gesellschafts- und kulturpolitischen Freiheitsgewinne nicht verleugnet werden. Es macht keinen Sinn, gesellschaftspolitische und ökonomische Fragen gegeneinander auszuspielen.

Eine fortlaufende ökonomische Durchdringung des Lebensalltags vieler Menschen führt in die Irre.⁴ Es gibt Bereiche, die eben nicht privatisiert oder „dem“ freien Markt überlassen werden dürfen: seien es Fragen alltäglicher Versorgung wie Strom, Gas oder Wasser, der gesundheitlichen oder pflegerischen Versorgung, der Erziehung oder Bildung, des Umweltschutzes oder Klimafragen. In diesen Feldern werden unverzichtbare Dienstleistungen erbracht für ein funktionierendes Gemeinwesen. Der öffentliche Sektor ist vor allem im Bereich der Humandienstleistungen eine unverzichtbare soziale Größe im nachhaltigen Modernisierungsprozess. Dies gilt insbesondere in Fragen von sozialen Aufstiegsfunktionen bestimmter Gruppen. Aber auch beim Klimawandel kommt es auf eine stabile, vom Markterfolg unabhängige Expertise im öffentlichen Sektor an, die das Thema bearbeitet. Der staatliche Bereich ist maßgeblich für eine soziales und demokratisches Gemeinwesen und zugleich Stabilisator für eine nicht unerhebliche soziale Gruppe mit Blick auf deren gesellschaftlichen und beruflichen Aufstieg.

Ein demokratisches Gemeinwesen ist dann robust gegen zersetzende Tendenzen, wenn engagierte Bürger*innen und ihre Interessen ernst genommen und akzeptiert werden. Die Menschen sind vor allem dann bereit, sich an Wahlen zu beteiligen oder freiwillig für soziale Belange der Gemeinschaft zu betätigen und Verantwortung zu übernehmen, wenn sie für sich einen Sinn erkennen können; wenn sie spüren, dass sie gebraucht und nicht ausgenutzt werden. Der soziale Frieden ist dann gesichert, wenn die Menschen – unabhängig von Herkunft, materiellen Möglichkeiten, religiösen Überzeugungen oder Geschlecht – als Freie und Gleiche selbstbestimmt leben können. Diese eigentlichen Selbstverständlichkeiten werden zusehends infrage gestellt. Pauschal werden verschiedene Lebensformen und Lebensentwürfe abgewertet; Leben in Vielfalt wird durch Hass und Hetzparolen der Lächerlichkeit preisgegeben. In den Analysen

3 Pointiert dazu Negt 2016: „So wäre es heute von brennender Aktualität, möglichst viel Aufmerksamkeit und Geld auf Bildung und Entwicklung der politischen Urteilskraft, auf Bildung in einem weitreichenden Verständnis zu konzentrieren; denn die Umbrüche in den zentralen Lebensprozessen unserer entwickelten Gesellschaften sind ebenso spektakulär wie die globalen Konstellationen, die ja keineswegs einfach zu begreifen sind.“ (29)

4 Lesenswert dazu Bourdieu 1998 oder Biebricher 2021.

und Interviews des vorliegenden Bandes werden Ideen skizziert, wie Zusammenhalt entstehen kann; wie Rassismus, Hass und Hetze im Alltag bekämpft und demokratisches Engagement (wieder) belebt werden können. Es ist oft leichter gesagt als getan, aber wichtig sind couragierte Bürger*innen. Demokratie lebt vom Engagement, von der Beteiligung möglichst aller Bürger*innen. Ebenso braucht es eine aufmerksame (Medien-)Öffentlichkeit, Organisationen und Akteure der Zivilgesellschaft, die immer wieder Diskussionen und Änderungen von politisch und ökonomisch Verantwortlichen einfordern; die eine soziale Infrastruktur bereithalten, um Teilhabe und Engagement zu ermöglichen.

Unter dem Motto „DEMOKRATIE. MACHT. ZUKUNFT.“ kamen im Zuge des Neujahrsempfangs des AWO Bundesverbandes im Januar 2024 *Delara Burkhardt* MdEP (SPD), *Bianca Klose* von Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin, *Daniel Leisegang* von netzpolitik.org und der Soziologe *Linus Westheuser* von der Humboldt-Universität zu Berlin zusammen. Sie diskutierten über theoretische und praktische Voraussetzungen von Demokratie, die immer größere Gefahr von rechter Hetze (vor allem vor Ort und gegen einzelne Personen) und die Verantwortung von Medienberichter*innen, seriös über demokratische Politik zu berichten, Alarmismus zu meiden und rechten Themen keinen Platz über Gebühr in der Berichterstattung einzuräumen.

Modernisierung und gesellschaftlicher Fortschritt wurden lange als etwas verstanden, das demokratieförderlich ist. Demokratie wurde verstanden als die passende politische Regimeform für eine moderne Gesellschaft. War das irgendwo nicht der Fall, lief dort angeblich irgendetwas falsch. Im Interview widerspricht *Veith Selk* dieser Annahme. Er fragt danach, ob es nicht gesellschaftliche Entwicklungstendenzen gibt, die der Demokratie abträglich sind. Gibt es demnach einen Prozess, der sich ungünstig und schädlich auf die Demokratie auswirkt? Selk möchte damit keineswegs Idee und Projekt der Demokratie infrage stellen. Er kommt jedoch zu dem Schluss, dass es verschiedene Modernisierungseffekte gab, die überwiegend negative Auswirkungen auf die Entwicklung von Demokratien hatten.

Wie der Hass im Netz den politischen Diskurs vergiftet und was das für die Demokratie bedeutet, ist Thema des Beitrags von *Lukas Bernhard*, *Lutz Ickstadt* und *Valentin Dander*. Die Autoren zeigen zunächst auf, dass die Desinformation im Internet wächst und der Ton im Netz zunehmend rauer wird. Sie arbeiten unter anderem heraus, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen gegen Hass im Netz verbessert und die Rolle von Algorithmen stärker beleuchtet werden müssen. Auch der politischen Medienbildung kommt nach Auffassung der drei Autoren eine wichtige Rolle im Kampf gegen Hass im Netz zu.

Vertrauen ist für das demokratische Miteinander bedeutsam. Nicht minder relevant in einer Demokratie ist das Hinterfragen, das Streiten, das Diskutieren über politische Entscheidungen. Eine entsprechend intakte Öffentlichkeit ist dafür unabdingbar. Kurzum: Es muss möglich sein und gehört für eine vitale Demokratie dazu, dass Menschen

Entscheidungen und (gesellschafts-)politischen Vorhaben misstrauen. Solange dies möglich ist, so *Martin Hartmann* im Interview, ist eine Demokratie intakt. Bedenklich wird es dann, wenn Menschen gegenüber „ihrer“ Demokratie gleichgültig sind, so Hartmanns Befund.

Einen Einblick in die Arbeit eines Landesverfassungsschutzes bietet *Stephan Kramer* für das Bundesland Thüringen. Er macht vor allem darauf aufmerksam, genau hinzusehen, wie rechtsextreme Politiker*innen versuchen, Diskurse in ihre Richtung zu verschieben. Er macht zugleich eine Gefährdung der Verfassung (des Grundgesetzes) aus, der entschieden entgegengetreten werden müsse, um Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in einem Sozialstaat weiterhin zu gewährleisten. Hierfür ist das Engagement demokratieschützender Institutionen und auch aller Menschen nötig.

Alle vier Jahre erscheint die SINUS-Jugendstudie zu den Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren. Die hier genannte Zusammenfassung der aktuellen Studie aus diesem Jahr zeigt, dass Teenager in Zeiten multipler Krisen von vielem verunsichert und genervt sind. Zugleich haben sie ihren Optimismus nicht verloren. Subjektiv geht es ihnen zumeist nicht schlecht, ihre Sorgen sind meist privater Natur, ihre Sensibilität für Diskriminierung ist groß, Chancenungleichheit halten sie für unfair, ihr politisches Interesse ist dagegen begrenzt, die Schule halten sie selten für einen Lernort für Demokratie. Jugendliche wollen außerhalb der Schule mitreden, aber nicht mitbestimmen, soziale Medien sind das wichtigste Informations- und Kommunikationsmittel, und zugleich sind den Jugendlichen die negativen Folgen des Social-Media-Konsums bewusst.

Carlos Becker, Jan Saßmannshausen, Talisa Schwall und *Sebastian Winter* systematisieren in ihrem Beitrag die Praxis der kommunalen Demokratieförderung. Auch diesem Beitrag liegen Erkenntnisse zugrunde, die das ISS im Rahmen der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms gewonnen hat. In 58 Prozent der Landkreise und kreisfreien Städte gibt es aktuell sogenannte Partnerschaften für Demokratie – lokale Co-Governance-Arrangements, in denen die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik koordiniert und fachlich begleitet wird. Die Autor*innen konzeptualisieren in ihrem Beitrag das facettenreiche Handlungsrepertoire der Partnerschaften für Demokratie und stellen heraus, dass die Projekte zielgenaue Unterstützung benötigen, damit sie ihre Arbeit an die wachsende Demokratiefeindlichkeit und die neuen Bedrohungslagen eigenständig anpassen können.

Birgit Jagusch und *Schahrazad Farrokhzad* lenken in ihrem Beitrag den Blick auf eine Stellungnahme von Wissenschaftler*innen aus der Migrations-, Rassismus-, Antisemitismus-, Rechtsextremismus- und Diskriminierungsforschung, die im Anschluss an das Potsdamer Treffen von rechten Akteur*innen im November 2023 entstanden ist. Verfasst wurde die Stellungnahme von Wissenschaftler*innen des Instituts für Migration und Diversität der TH Köln, der Fachgruppe „Migration, Rassismus- und

Antisemitismuskritik“ (Migraas) der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) und dem Rat für Migration e. V. Die Stellungnahme wurde von zahlreichen weiteren Verbänden, Netzwerken und Hochschulen unterstützt.

Vielfalt und Demokratie werden weltweit durch radikalisierte und extremistische Gruppen infrage gestellt. Im Zuge dessen hat sich in den letzten Jahren das Handlungsfeld der Radikalisierungsprävention etabliert, um diesen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen; um die Radikalisierung von Individuen, Gruppen und auch der Gesellschaft zu verhindern. Die Soziale Arbeit spielt in der Entwicklung dieses Handlungsfeldes seit jeher eine zentrale Rolle. *Jens Ostwaldt* zieht ein kurzes Fazit, indem er das Verhältnis der Sozialen Arbeit zur Radikalisierungsprävention zunächst kritisch beleuchtet, um anschließend Aspekte herauszuarbeiten, wie ein Nebeneinander beider möglich ist, von dem beide Seiten profitieren.

Unsere Demokratie muss jeden Tag mit Leben gefüllt werden. Um den zivilgesellschaftlichen Einsatz für unsere Demokratie zu fördern, hat die Bundesregierung vor rund zehn Jahren das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ aufgesetzt, dessen zweite Förderperiode im Jahr 2024 endet. Zwei Beiträge des vorliegenden Bandes setzen sich mit dem Bundesprogramm auseinander. *Lucas Schucht* befasst sich in seinem Beitrag mit dem Handlungsfeld „Extremismusprävention“, in dem insgesamt 35 Modellprojekte angesiedelt sind. Er stellt die Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung dieser Modellprojekte vor, die das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS) während der zweiten Förderperiode gewonnen hat. Ausgehend von den Fachdiskursen zur Radikalisierungsprävention beschreibt Schucht, dass Projekte auf der Ebene der Primärprävention einerseits und auf der Ebene der Sekundär- und Tertiärprävention andererseits auf sehr unterschiedliche fachliche Schwerpunkte fokussieren und dass sich eine Professionalisierung und Konturierung des Handlungsfeldes beobachten lässt.

Jedes Jahr im März gibt es die bundesweiten Wochen gegen Rassismus. Federführend für diese zwei Wochen ist die Stiftung gegen Rassismus. *Isabel Schmidt* und *Cora Weißert-Hartmann* geben einen Einblick in die Arbeit der Stiftung. Sie skizzieren den Hintergrund, die Idee und die Bedeutung der Wochen gegen Rassismus. Welche Maßnahmen sind zu ergreifen, um Rassismus abzubauen und zu überwinden? Welche Wege im Umgang mit Rassismus sollten beschritten werden? Denkanstöße und Ansätze bieten Projekte und Vorhaben innerhalb der Wochen gegen Rassismus.

Diverse Untersuchungen zeigen, dass im Bereich der Gesundheitsversorgung keine gleichberechtigte und gleichwertige Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte existiert. Betroffene werden von Präventionsmaßnahmen nur schwer erreicht; ebenso machen sie aufgrund von Sprachbarrieren Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen. *Dana Abdel Fatah*, *Laura Hertner*, *Ulrike Kluge*, *Simone Penka* und *Steffen Schödwell* stellen die Frage, wie diese Umstände verbessert und beseitigt werden können. Kritisch diskutieren sie in diesem Zusammenhang den Begriff der Interkulturellen Öffnung (IKÖ) und fordern, eine machtkritische Perspektive einzunehmen, um die gleichberechtigte und gleichwertige Teilhabe aller am Gesundheitswesen zu ermöglichen.

Paulina Fröhlich plädiert dafür, gemeinsam nach Lösungen im (politischen) Alltag zu suchen. Dabei sind Konflikte und Kompromisse kein Widerspruch, sondern oft notwendige Bestandteile auf dem Weg zu einer Lösung. Wichtig ist es, bewusst nach Gemeinsamkeiten für die Demokratie zu suchen, aufrichtiges Interesse am Gegenüber und für gemeinsames Nachdenken zu zeigen sowie Zweifel zuzulassen.

Anton Haffner, Susanne Beyer und Maike Beutler geben einen vertiefenden Einblick in die Demokratie- und Engagementarbeit innerhalb der AWO. Innerverbandliche Demokratieförderung muss in ihren Augen als Organisationsentwicklungsprozess verstanden werden. In dessen Zuge werden etwa Beteiligungsformate entwickelt und erfolgen eine Auseinandersetzung mit Werten und Leitbildern sowie eine Stärkung der Antidiskriminierungsstrukturen. Diese Prozesse benötigen Zeit, professionelle Begleitung und entsprechende Ressourcen, um eine nachhaltige Entwicklung und Implementierung von Demokratisierungsmaßnahmen zu etablieren. Demokratieförderprogramme wie „Zusammenhalt durch Teilhabe“ sind in diesem Zusammenhang ganz wesentliche Programme, um Vereine und Verbände in diesen Prozessen zu unterstützen. Die drei Autor*innen weisen zugleich hin auf die Bedeutung der notwendigen Professionalisierung der Sozialen Arbeit innerhalb der Demokratie- und Engagementförderung.

Der AWO Bundesverband hat im Sommer die Handreichung „Handlungssicher gegen Menschen- und Demokratiefeindlichkeit – eine Arbeitshilfe für ehren- und hauptamtlich Aktive“ veröffentlicht. Auszüge aus der Broschüre zeigen, wie Engagierte vor Ort einen sicheren Umgang mit rechten Kräften finden können.

Literatur

- Biebricher, T. 2021: Die politische Theorie des Neoliberalismus. Berlin.
- Bourdieu, P. 1998: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz.
- Ebner, J. 2019: Radikalisierungsmaschinen. Wie Extremisten die neuen Technologien nutzen und uns manipulieren. Berlin.
- Negt, O. 2016: Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen.
- Schäfer, A. 2015: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt am Main.

Ragnar Hoenig

ist Professor für Sozialrecht an der Technischen Hochschule (TH) Köln und Redaktionsmitglied der TUP.

E-Mail: ragnar.hoenig@th-koeln.de

Peter Kuleßä

ist Verantwortlicher Redakteur der TUP und Referent für Öffentlichkeitsarbeit beim AWO Bundesverband in Berlin.

E-Mail: tup@awo.org

Demokratie. Macht. Zukunft.¹

Eine Diskussion

Holger Klein: Es geht uns um das gemeinsame Streiten und das Gestalten unserer pluralen Gesellschaft. Und es geht uns um Machtverteilung in dieser Gesellschaft. Die Zukunft wird kommen, die kommt garantiert. Bloß: Welche der vielen Zukünfte, die vor uns stehen, wird es werden, die da kommt? Das liegt in unserer Macht, und die ist hoffentlich demokratisch. Damit sind wir beim Titel dieser Dachkampagne der AWO für die nächsten beiden Jahre, nämlich: Demokratie. Macht. Zukunft. Genau darüber will ich reden mit: Delara Burkhardt; sie ist Politikerin, sitzt für die SPD im Europäischen Parlament. Mit Linus Westheuser; er forscht an der Berliner Humboldt-Universität zur politischen Soziologie sozialer Ungleichheit und ist Co-Autor des Buches „Triggerpunkte. Konsens und Konflikte in der Gegenwartsgesellschaft“; mit Bianca Klose; sie ist Geschäftsführerin des Vereins für demokratische Kultur in Berlin, Gründerin der mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus und deren Leiterin seit mittlerweile über 20 Jahren. Und Daniel Leisegang; er ist Politikwissenschaftler und Journalist, Co-Chefredakteur bei netzpolitik.org, dem vermutlich zentralen deutschen Medium für die digitalen Freiheitsrechte.

Hallo zusammen!

Ihr alle setzt euch auf die eine oder andere Weise aktiv mit Demokratie auseinander. Ihr sitzt nicht nur da und nehmt das hin. Geht alle vier Jahre wählen und benutzt die Demokratie hier. Was genau meinen wir eigentlich, wenn wir über Demokratie reden? Ich glaube, der Typ mit der Mistgabel und der Fackel, der immer beim sächsischen Ministerpräsidenten vor dem Haus steht, der hält sich auch für einen Demokraten, oder?

Delara Burkhardt: Ich kann jetzt wahrscheinlich keine so sauber politikwissenschaftliche Definition geben. [Einwurf Moderator: Die wollte ich auch nicht hören.] Aber vielleicht sage ich das als jemand, der aus dem JUSO-Aktivismus ins Parlament gestartet ist und vor allen Dingen eins gemerkt hat: dass Demokratie das Mobilisieren von Menschen für ihre unterschiedlichen Interessen ist und das Zusammenkommen an

1 Am 18. Januar 2024 fand in der Berliner Kulturbrauerei der Neujahrsempfang des AWO Bundesverbandes statt. Teil der Veranstaltung war eine Podiumsdiskussion. Hier sind Auszüge der Diskussion, die erstmalig als Folge 37 des AWO-Podcasts „Deutschland, Du kannst das.“ erschienen ist. Unter der Moderation von Holger Klein diskutierten Delara Burkhardt, SPD/MdEP, Bianca Klose, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, Daniel Leisegang, netzpolitik.org und Dr. Linus Westheuser, Humboldt-Universität zu Berlin.

Institutionen, um dort Kompromisse aus diesen unterschiedlichen Interessen zu bilden. Ich glaube, in keinem anderen Parlament wie dem Europäischen Parlament ist das so spannend, weil wir ja keine festen Mehrheiten haben und für alle möglichen Themen immer wieder Mehrheiten bilden müssen. Ich glaube, das ist, was Demokratie ausmacht: dass Menschen für ihre Interessen gemeinsam einen Kompromiss bilden.

Holger Klein: Wie viel Kraft, wie viel Zeit, wie viel Aufwand nimmt das in Anspruch, sich immer wieder neue Mehrheiten suchen zu müssen?

Delara Burkhardt: Dadurch, dass die europäische Gesetzgebung immer ein bisschen länger braucht, um dann tatsächlich auch in Kraft zu treten, schon etwas. Es kommt immer ein bisschen auf den Willen an, wie schnell es gehen kann, wenn man denn möchte. Wir merken die unterschiedlichen Geschwindigkeiten zum Beispiel in dem Bereich, in dem ich die letzten fünf Jahre arbeiten durfte: Klimapolitik, wo auf einmal ganz viele Dinge gingen, die vorher nie gingen, weil man gesagt hat: „Das geht gar nicht. Das kann man sich gar nicht vorstellen.“ Wenn also der gesellschaftliche Druck da ist – deswegen habe ich ja von beiden Aspekten gesprochen –, von dem, was außerhalb von Parlamenten und was innerhalb von Institutionen, die wir uns dann geben, passieren muss. Wenn der Druck von außen in die politischen Systeme gut ist, dann kann es manchmal ganz schön schnell gehen.

Holger Klein: Manchmal. Linus, was ist Demokratie aus deiner Perspektive?

Linus Westheuser: Ich fand das Motto dieser Kampagne oder dieses Themas hier eigentlich sehr gut gewählt, mit Macht und Zukunft den Begriff der Demokratie zu verbinden, weil ich glaube, gerade in der jetzigen Zeit, wo man die Demokratie verteidigen muss gegen den Angriff von rechts, man ein bisschen Gefahr laufen kann, eine sehr staatstragende Form des Verständnisses von Demokratie zu fahren, wo es dann darum geht, das zu bewahren, was da ist, als institutionellen Apparat, aber Demokratie als etwas zu verstehen, was abgeschlossen ist und im Grunde aus institutionellen formalen Regeln besteht. Dass man eben alle vier Jahre wählt, und das war's dann.

Ich glaube, eigentlich steckt im Gedanken der Demokratie etwas viel Größeres, was auch in diesen Begriffen der Macht und der Zukunft steckt, nämlich einerseits, dass Demokratie ein Korrektiv für soziale Ungleichheit sein muss, insofern, als sie Machtressourcen zur Verfügung stellt für genau die Leute, die aufgrund ihrer Position in der Klassenstruktur, am Arbeitsplatz, in der sozialen Hierarchie diese Machtressourcen nicht haben; also Macht zur Verfügung stellen soll, die gesellschaftlich den Leuten genommen wird. Auf der anderen Seite ist Demokratie auch etwas, was inhärent in die Zukunft weist, was man verstehen sollte als einen unabgeschlossenen Prozess, bei dem im Vordergrund die weitere Demokratisierung von immer weiteren Lebensbereichen steht. Da kann man an zwischenmenschliche Verhältnisse denken, die egalitärer demokratischer gestaltet werden müssen, aber genauso an Institutionen wie vielleicht die EU. Du kannst da wahrscheinlich ein Lied davon singen. Aber natürlich ist auch der Arbeitsplatz ein Bereich, der demokratischer organisiert werden muss, als er es heute

ist. Ich glaube, wenn man sich als Demokratin oder Demokrat nicht diese Aufgabe stellt, in der Zukunft eine tiefere Demokratisierung der Gesellschaft zu verwirklichen, als sie jetzt besteht, dann ist man eigentlich schon zu sehr in der Defensive.

Holger Klein: Das ist natürlich herrlich abstrakt. Wie mache ich das?

Linus Westheuser: Ich glaube, da sind vielleicht andere auf dem Panel näher dran an der Praxis. Aber ich denke, das Entscheidende ist natürlich die Organisation, die Interessen zu organisieren: ob es auf der Straße ist, ob das im Betrieb ist, ob das in Form von Initiativen ist, die eingreifen, oder ob es im Netz ist. Klar, Parteien spielen eine wichtige Rolle, und das kann ich wiederum als Forscher sagen: Die Erosion dieser ganzen Formen der Organisation ist, denke ich, ein riesiges Problem, vielleicht das größte Problem, dass die Vermittlung der Interessen, aber auch der Meinungen von der Ebene der Bürgerinnen und Bürger in das politische System etwas ist, was sehr brüchig geworden ist.

Holger Klein: Ist das so, Delara?

Delara Burkhardt: Ja und nein. Ich habe „Triggerpunkte“ leider noch nicht gelesen, aber ich habe während der Zugfahrt viele Podcasts dazu gehört. Ich glaube, dass ein Problem sehr genau beschrieben wird: dass viele Menschen das Gefühl haben, dass in der politischen Debatte ihr Alltag nicht richtig abgebildet wird, weil es immer diese Trigger-Debatten gibt, die immer weiter geführt werden, obwohl man eigentlich nicht darüber reden will. Die Dinge, die auf der Hand liegen, die in Meinungsumfragen die brennenden Fragen sind – bezahlbarer Wohnraum, wie kann ich meine Lebenskosten bezahlen –, werden gar nicht so richtig in diesen demokratischen Institutionen verhandelt. So der Eindruck. Dass das in den Institutionen anders ist, das ist ein Fakt. Aber die Frage, die sich eher stellt, ist: Wie sind denn gerade die Kommunikationswege zwischen den demokratischen Institutionen und dem, was in der Zivilgesellschaft passiert? Da gibt es – ihr beschreibt das in eurem Buch als „Entpolitisierung“ – ein Passungsproblem zwischen dem, was Gefühle, Emotionen sind, die es in der Gesellschaft gibt, und dem, was scheinbar in demokratischen Prozessen eine Rolle spielt. Da müssen wir viel arbeiten, weil man diese Lücke, dieses Passungsproblem zwischen Gesellschaft und politischen Institutionen nur so lösen kann.

Holger Klein: Höre ich da Medienkritik?

Delara Burkhardt: Das ist mir immer ein bisschen zu einfach.

Holger Klein: Wer sollte sonst mitteln zwischen euch und uns? Zwischen den Institutionen, zwischen euch in den Parlamenten und der Wählerschaft? Es können ja nur die Medien mitteln.

Delara Burkhardt: Es ist ja auch das, was man sendet. Es ist auf beiden Seiten irgendwie ein bisschen ein Problem. Ich glaube schon, dass es in der medialen Berichterstattung auch ein gewisses Problem gibt, allein über die Frage, wie sich Menschen überhaupt an Informationen wenden. Wir haben ja die Situation, dass Nachrichten überwiegend über soziale Medien konsumiert werden. Da gibt es Algorithmen, die gewisse Dinge pushen. Das sind Gefühle, Emotionen, das sind oft auch harte Aussagen. Dass diese krassen „Meinungsdinger“ diese Trigger bevorteilen könnten, das ist die eine Frage. Unter diesem Druck befinden sich viele Journalist*innen, dass man diese Clickbait-Schlagzeile machen muss, weil sie besser funktioniert und besser den Nachrichtenwert vermittelt. Das ist das eine Problem, das wir haben.

Als Europa-Politikerin gesprochen: Es ist auch eine schiere Frage von: Wie viel mediale Aufmerksamkeit hat das Europäische Parlament, haben die europäischen Institutionen überhaupt? Wenn man einmal vergleicht, wie viele Korrespondenten in Brüssel und Berlin sitzen, dann wird einem schnell das Problem klar, weil allein mein Ausschuss – das ist immer das Beispiel, das ich nenne – so viele Mitglieder hat wie der Schleswig-Holsteinische Landtag. Allein mitzubekommen, was im Umweltausschuss im Europäischen Parlament abläuft: Das bräuchte eigentlich mindestens eine Korrespondentenstelle. Meistens ist aber ein Korrespondent ... Ich habe gerade mit einem Kollegen vom Handelsblatt gesprochen: Der ist nicht nur für Umwelt zuständig, der ist auch für Wirtschaft zuständig, für Industriepolitik und manchmal sogar für die NATO. Das ist ein ziemlich großer Blumenstrauß an Dingen, die man als einzelner Korrespondent machen kann. Deswegen ist es mir zu einfach zu sagen: Die Medien haben ein Problem, weil sie nicht genügend über diese demokratischen Prozesse berichten. Es ist die Frage, wie wir das zuspitzen und wie wir miteinander arbeiten, um demokratische Diskurse medial abbilden zu können. Es ist ein bisschen komplexer als „die Medien sind schuld“. Aber natürlich ist es auch eine Frage, wie Journalismus funktionieren kann in Zeiten, in denen extreme Gefühle bevorteilt werden durch Algorithmen.

Holger Klein: Das ist eine interessante Frage. Daniel, wie kann Journalismus unter solchen Bedingungen funktionieren?

Daniel Leisegang: Ich hänge ein bisschen daran, jetzt vorrangig über diese Medien und ihre Rolle zu sprechen. Ich frage mich gerade tatsächlich: Wo wären wir denn, wenn die Zivilgesellschaft gerade nicht auf die Straße ginge? Die Medien hofieren die Rechten seit Jahren. Es hat offenbar nicht viel gebracht mit Blick auf die Entzauberung der radikalen Kräfte. Was wir jetzt erlebt haben, war zwar die Initialzündung durch eine Recherche von Correctiv. Aber letztlich hat das dazu geführt, dass endlich Menschen auf die Straße gehen. Es ist ein bisschen wie Wasser in den Wein schütten: Wir haben heute eine Asylgesetzreform im Bundestag verabschiedet, die Rückführungsverbesserungsgesetz heißt; das musste ich mir extra aufschreiben. Es geht darum, dass Menschen schneller abgeschoben werden, und es sind faktisch 600 Abschiebungen pro Jahr. Das ist eine Reaktion der Politik. Das ist nicht die Zivilgesellschaft, die gerade auf die Straße geht, die das fordert, sondern das sind die Rechten.

Das Licht geht noch nicht aus

Interview mit dem Politikwissenschaftler Veith Selk
über den Zustand der Demokratie in unserer Zeit

Was ist überhaupt Demokratie? Der Politikwissenschaftler Adam Przeworski etwa versteht unter Demokratie die Möglichkeit, dass die Menschen in einer repräsentativen Demokratie unter angemessenen Bedingungen eine Regierung wieder abwählen können. Ist das eine gute Basis oder ist da für Sie noch mehr im Spiel?

Für mich persönlich ist da mehr im Spiel. Damit möchte ich keineswegs die Bedeutung des von Przeworski beschriebenen Merkmals bestreiten. Eine Regierung abwählen zu können, ist essenziell. Dennoch erfasst die Definition nicht alles das, was in der Öffentlichkeit und in der Wissenschaft unter Demokratie verstanden wird. Selbst für viele Liberale gehört zum Beispiel zur Demokratie, dass das Prinzip politischer Gleichheit in einer Weise verwirklicht wird, die über die formale Stimmgleichheit bei der Wahl hinausgeht. Und jene Konzeption von Demokratie, die bei uns übers Grundgesetz eine große Rolle spielt, betont die kollektive Autonomie, sich selbst Gesetze geben zu können. Das ist bei uns in repräsentativer Form der Fall und wird mancherorts mit direktdemokratischen Verfahren ergänzt. Das kommt in der obigen Definition nicht vor. Kurzum: Przeworskis minimale Definition ist aufgrund ihrer Schlichtheit attraktiv und sie rückt ein wichtiges Element von Demokratie ins Zentrum, in ihr fehlen aber weitere Ziele, die mit Demokratie verbunden werden. Ich sollte jedoch erwähnen, dass ich in meiner Analyse¹ keine bestimmte Definition von Demokratie vertrete oder ein bestimmtes Demokratiekonzept verteidigen möchte. Der Ansatz des Buches ist es, die unterschiedlichen Demokratiekonzeptionen, die es in der Wissenschaft gibt und die auch von der Öffentlichkeit verwendet werden, auf ihre Wirklichkeitstauglichkeit hin zu prüfen.

Sie sprechen in Ihrem Buch davon, dass demokratische Systeme einem Prozess der Devolution unterliegen. Was verstehen Sie genau darunter? Worin bestehen die Tücken dieser Devolution für die Auswirkungen auf demokratische Politik?

1 Veith Selk 2023: Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie. Berlin.

Die Grundidee lautet, die gängige Sichtweise auf Demokratie umzukehren. Es war lange Zeit üblich anzunehmen, dass Modernisierung und gesellschaftlicher Fortschritt etwas sind, was demokratieförderlich ist. Demokratie wurde demnach verstanden als die passende politische Regimeform für eine moderne Gesellschaft, und wo das nicht der Fall ist, da läuft irgendetwas falsch.

Könnte es aber nicht sein, dass es gesellschaftliche Entwicklungstendenzen gibt, die der Demokratie abträglich sind? Gibt es also einen Evolutionsprozess, der von der Demokratie wegführt beziehungsweise sich ungünstig und schädlich auf die Demokratie auswirkt? Diese Frage zu stellen, bedeutet jedoch nicht, dass es keine positiven Effekte geben kann. Es ist auch verfehlt, von vorneherein anzunehmen, dass alles Neue, alles, was entsteht, nachteilig sei. Nur: Wenn man sich anschaut, welche Effekte die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte und die rapide Modernisierung auf die Demokratie hatten, dann überwiegen die negativen Aspekte.

Sie unterscheiden vier Dimensionen innerhalb Ihrer Devolutionsdiagnose. Einmal die Zunahme politischer Differenzierung und Komplexität, zweitens eine durchgehende Politisierung der Gesellschaft, drittens die Entstehung einer Kognitionsasymmetrie in der Bürgerschaft und viertens das Scheitern des demokratischen Kapitalismus. Lassen Sie uns das vertiefen. Die Gesellschaften werden immer komplexer, die Politik wird immer komplexer. Gerät die Politik im Zuge dessen in Umsetzungsschwierigkeiten?

Immer mehr gesellschaftliche Sachverhalte gelten als öffentliche Angelegenheit, werden hoheitlich reguliert und im Konfliktfall politisch entschieden. Das hat mit Politisierung, aber auch damit zu tun, dass gesellschaftliches Handeln vermehrt Folgen für Dritte hat. Das führt dazu, dass Politik differenzierter wird; die Zahl der Politikfelder nimmt zu; die Anzahl beteiligter politischer Akteure wächst. Dieser Prozess ist unvermeidbar, weil es für viele soziale Konflikte keine andere Adresse als Politik gibt. Nur die Politik kann über die Geltung immaterieller Werte und die Verteilung materieller Werte allgemeinverbindlich entscheiden.

Kommen wir zu dem zweiten Punkt: der durchgehenden Politisierung der Gesellschaft. Sie sehen in der Zunahme von Partizipation einen Treiber der Politisierung. Diese Politisierung habe jedoch nicht zu mehr Demokratisierung geführt. Ist es dann im Grunde genommen eine Partizipationsfiktion? Und: Es gibt starke und schwache Interessen. Haben die gut organisierten und einflussreichen Interessen einen Partizipationsvorteil?

Eine reine Partizipationsfiktion ist es nicht, wenngleich es simulative Beteiligungsformate – etwa bestimmte Formen von Anhörungen und Bürgerräten – gibt, mit denen man versucht, ein „Demokratie-Feeling“ zu erzeugen und nachgelagert „Akzeptanzmanagement“ für bereits im Vorfeld getroffene Entscheidungen zu betreiben. Das hat dann in der Tat etwas von simulativer Demokratie, wie der Soziologe Ingolfur Blühdorn dies nennt. Es gibt aber auch andere Bereiche, wo in dem Sinne partizipiert wird, dass Menschen ihre Anliegen und Interessen einbringen, Einfluss ausüben und auch mitentscheiden. Das ist dann nicht fiktiv. Das Problem besteht jedoch oftmals darin, und das sind keine